Suchbegriff Suche

IStockphoto / George Clerk

Pressemeldung, 16.11.2017, : Europa arbeitet sich aus der Krise: Erholung am Arbeitsmarkt verbessert soziale Gerechtigkeit

Die Talfahrt an den Arbeitsmärkten in Europa ist gestoppt: Fast zehn Jahre nach Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 zeichnet sich nun eine Trendwende ab, die sich auch positiv auf die soziale Gerechtigkeit auswirkt. Wie sich die Teilhabechancen in Europa entwickelt haben, zeigt der aktuelle Social Justice Index 2017.

- Teilen

- Drucken

- PDF

Ansprechpartner

-

Dr. Daniel Schraad-Tischler

Gütersloh, 16.11.2017. In der EU zeigt sich ein Aufwärtstrend hinsichtlich der sozialen Gerechtigkeit. Hauptreiber für die verbesserten Teilhabechancen ist laut dem aktuellen Social Justice Index 2017 eine spürbare Erholung der Arbeitsmärkte. Die Arbeitsmarktdaten haben sich in 26 von 28 EU-Staaten gegenüber dem Vorjahr verbessert. Im EU-Durchschnitt ist die Arbeitslosigkeit 2016 auf 8,7 Prozent gesunken. Im Jahr 2013, dem Höhepunkt der sozialen Krise, waren es noch 11 Prozent. Doch die Erholung in Sachen sozialer Gerechtigkeit verläuft in zwei Geschwindigkeiten: Die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa ist weiterhin groß. Gerade in Südeuropa sind Kinder und Jugendliche noch überdurchschnittlich stark von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Deutschland gehört wirtschaftlich gesehen zu den absoluten Spitzenreitern. Die Autoren kritisieren hierzulande jedoch Defizite bei der Bekämpfung des Armutsrisikos und bei der Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit. Mit dem Social Justice Index untersucht die Bertelsmann Stiftung seit 2008 jährlich die Teilhabechancen in der EU anhand von sechs Dimensionen: Armutsvermeidung, Arbeitsmarkt, Bildung, Gesundheit, Nicht-Diskriminierung und Generationengerechtigkeit. Am stärksten ausgeprägt sind sie laut Index in den skandinavischen Ländern Dänemark, Schweden und Finnland. Griechenland bleibt, trotz leichter Verbesserungen, das Schlusslicht. Der positive Trend der aktuellen Erhebung lässt sich insbesondere an wesentlichen Arbeitsmarktindikatoren ablesen: Zwei Drittel (66,6 Pro-zent) der erwerbsfähigen EU-Bürger haben mittlerweile einen Job (2013: 64,1 Prozent). Erfreulich ist zudem, dass sich der Aufwärtstrend auch auf die Krisenländer erstreckt. Jedoch sind die Zahlen insgesamt dort immer noch besorgniserregend: In Griechenland ist die Arbeitslosigkeit von 27,7 (2013) auf 23,7 Prozent (2016), in Spanien von 26,2 auf 19,7 Prozent gesunken. Auch die Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa ist leicht zurückgegangen. Dennoch ist in Griechenland, dem Schlusslicht in dieser Kategorie, noch fast die Hälfte der erwerbsfähigen Jugendlichen arbeitslos (2016: 47,3 Pro-zent, 2013: 58,3 Prozent). Zum Vergleich: In Deutschland liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 7,1 Prozent. „EU-weit ist nun politische Führung gefragt. Sie muss einen verlässlichen Rahmen schaffen, sodass alle vom Aufwärtstrend

profitieren können. Vor allem die Jugendlichen dürfen nicht alleine gelassen werden“, so Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung.

Armutsrisiko sinkt, Nord-Süd-Gefälle bleibt

Infolge des positiven Beschäftigungstrends hat auch das Risiko leicht abgenommen, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen zu sein: Waren zum Höhepunkt der Wirtschaftskrise in den Jahren 2012/2013 noch 24,7 Prozent der EU-Bevölkerung von Armut bedroht, sind es laut aktuellem Index noch 23,4 Prozent. Dies entspricht allerdings immer noch rund 117,5 Millionen Menschen. Zudem treten einige der südlichen Krisenstaaten weiterhin auf der Stelle: In Griechenland sind noch immer 35,6 Prozent der Bevölkerung von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht, in Spanien 27,9 und in Italien 28,7 Prozent. Zum Vergleich: In Dänemark, Finnland und Tschechien – den drei bestplatzierten in Sachen Armutsvermeidung – beträgt der entsprechende Anteil lediglich zwischen 13,3 und 16,7 Prozent. Für bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Kinder und Jugendliche ist das Risiko nochmals deutlich höher: Rund 25 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (EU: 26,5 Prozent) sind in Europa von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. In Ländern wie Griechenland und Spanien, liegt dieser Anteil trotz eines leichten Rückgangs noch immer bei 37,5 bzw. 32,9 Prozent. Allerdings ist zu erwarten, dass sich die Kluft zwischen Nord- und Südeuropa, bei einer anhaltenden Erholung der Arbeitsmärkte, zukünftig verringern wird.

In der Mehrheit der Mitgliedstaaten zeigen sich im Vergleich zu den letzten Jahren auch Verbesserungen der Bildungschancen. So ist etwa der Anteil von Schülern, die vorzeitig die Schule verlassen haben, EU-weit gesunken: von 14,7 Prozent im Jahr 2008 auf 10,7 Prozent 2016.

Deutschland: starker Arbeitsmarkt, aber kaum Verbesserung der Teilhabechancen

Deutschland gehört, wie auch in den vergangenen Jahren zur erweiterten Spitzengruppe und kommt im Gerechtigkeitsindex auf Rang sieben. Zu Deutschlands Stärken zählt insbesondere der Arbeitsmarkt, doch zeigen sich weiterhin auch einige Schwächen in Bezug auf die Teilhabechancen der Menschen. Getragen von einer guten Konjunktur liegt Deutschland bei den meisten Arbeits-marktindikatoren an vorderster Stelle: Deutschland hat EU-weit die geringste Jugendarbeitslosigkeit (7,1 Prozent) und kommt auch bei der Gesamtbeschäftigungsquote (74,7 Prozent), der allgemeinen Arbeitslosenquote (4,2 Prozent) oder der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer (68,6 Prozent) immer unter die Top Vier in der EU. Negativ fällt hingegen ins Gewicht, dass es bislang nicht gelingt, den Sockel an Langzeitarbeitslosen zu verringern. Rund 41 Prozent aller Arbeitslosen in Deutschland sind langzeitarbeitslos. Auch haben Arbeitnehmer mit ausländischem Geburtsort deutlich schlechtere Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt als Menschen, die hierzulande ge-boren sind (Rang 23 im EU-Vergleich).

Ein gemischtes Bild zeigt sich im Bildungsbereich. Hier gab es in den letzten zehn Jahren durchaus Fortschritte in Sachen Chancengerechtigkeit. So hat sich etwa der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg verringert, ist aber im EU-Vergleich immer noch relativ stark (Rang 17 im Vergleich zu Rang 23 im Jahr 2006). Verbesserungspotential zeigt sich auch bei der Wohlstandsverteilung: "Obwohl Deutschlands Wirtschaft brummt und die Arbeitslosigkeit auf einem historischen Tiefststand ist, scheinen die Wohlstandsgewinne nicht bei allen Menschen anzukommen", so Studienleiter Schraad-Tischler. Das Armutsrisiko hat sich in den letzten Jahren kaum verringert. Der Anteil der Menschen, die von Einkommensarmut bedroht sind, lag 2016 bei 16,5 Prozent (2015: 16,7; 2010: 15,6 Prozent). Für bestimmte Bevölkerungsgruppen sind außerdem wachsende Probleme absehbar: Der Anteil der von Einkommensarmut bedrohten Menschen über 65 Jahre ist von 14,1 Prozent im Jahr 2010 auf 17,6 Prozent gestiegen. Gerade für Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte sowie Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien werde das Armutsrisiko im Alter weiter steigen, so die Autoren. "Langfristig orientierte Politikansätze, die sowohl die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest machen als auch die Beschäftigungsfähigkeit der Risikogruppen verbessern, sind derzeit jedoch kaum in Sicht", so Schraad-Tischler.

Zusatzinformationen

Mit dem EU-Gerechtigkeitsindex untersucht die Bertelsmann Stiftung jährlich anhand von 38 Kriterien die Teilhabechancen in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Hierbei werden sechs verschiedene Dimensionen sozialer Gerechtigkeit betrachtet: Armut, Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Generationengerechtigkeit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt und Nicht-Diskriminierung. Der Social Justice Index 2017 berücksichtigt international verfügbare Eurostat-Daten bis zum 17. Oktober 2017.

Links

- Zur SGI-Website
- Studie: Social Justice in the EU - Index Report 2017 (auf Englisch)
- Soziale Gerechtigkeit in der EU - Index Report 2017 (deutsche Zusammenfassung)

Projekte

- Sustainable Governance Indicators (SGI)